

AKTUELL



Die Unterzeichner*innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft fordern einen tatsächlich nachhaltigen Finanzplatz.

FINANZPLATZ

Offener Brief gegen Greenwashing

Joël Adami

Luxemburgs Finanzplatz gibt sich gerne grün und nachhaltig. Ein offener Brief fordert jetzt, aus dem Image auch Realität zu machen.

Am Dienstag, dem 22. März veröffentlichte die Umweltschutzorganisation Greenpeace mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen offenen Brief an die Luxemburger Regierung und das Parlament. Gefordert wird ein Ende von klimaschädlichen Investitionen und Greenwashing am Finanzplatz. Die Unterzeichner*innen fordern Gesetze, die die Fondsindustrie dazu zwingen, ihre Anlagen in fossile Energieunternehmen stetig zu verringern. Außerdem sollen transparente und nachvollziehbare Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte festgelegt werden, damit Anleger*innen die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Investitionen abschätzen können.

Wichtige Rolle Luxemburgs bei fossiler Finanz

Diese Aufgabe sollte eigentlich der EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen zuteilwerden. Geht es nach dem Willen der Kommission, erhalten aber nun auch Investitionen in Kernkraft und fossiles Gas ein „grünes“ Label. Die Luxemburger Regierung hat zwar angekündigt, gegen diese Regel vor Gericht zu ziehen – eigene Transparenzgesetze oder gar ein luxemburgisches Label sind jedoch nicht vorgesehen. Der offene Brief fordert „vollständige Transparenz“. Der „Luxembourg Sustainable Finance Strategy“ (mehr dazu unter woxx.eu/lfsfi) mangle es an ambitionierten Zielen und Maßnahmen, um globale Herausforderungen wie die Klima- und Biodiversitätskrise zu meistern.

Die Unterzeichner*innen des offenen Briefes unterstreichen die wichtige Rolle, die Luxemburg in der Finanzwelt

einnimmt. Nach den USA ist die hiesige Fondsindustrie die zweitgrößte weltweit. Luxemburgische Investmentfonds verwalten Vermögen im Wert von mehr als fünf Billionen Euro – und trotz vieler „Green Finance“-Versprechen wird der Löwenanteil davon immer noch nicht in nachhaltige Projekte investiert. Laut einer Greenpeace-Studie verursachten die 100 größten Investmentfonds viermal so viele Treibhausgasemissionen wie Luxemburg als Land. Auch eine Untersuchung, bei der die NGO vermeintlich nachhaltige Fonds unter die Lupe nahm, zeigte wenig Erfreuliches: Diese investierten kaum mehr Gelder in nachhaltige Unternehmen als konventionelle Fonds.

„Luxemburg mit seinem weltweit wichtigen Finanzplatz kann also einen kolossalen Einfluss auf Klima- und Biodiversitätsschutz, Energiesicherheit und eine nachhaltige Entwicklung im Allgemeinen haben“, schrieb Greenpeace in ihrer Pressemitteilung zum offenen Brief. „Auch mit Hinblick auf den weltweiten Frieden trägt Luxemburg und sein Finanzplatz eine große Verantwortung“, heißt es weiter – immerhin wird die russische Kriegskasse vor allem durch den Verkauf von Erdöl und Gas gespeist.

Neben Greenpeace zählen die Klimaaktivist*innen von Youth for Climate zu den Erstunterzeichner*innen des offenen Briefes. Daneben sind aber auch Akteure des Finanzplatzes und der Biowirtschaft, sowie der Präsident der Menschenrechtskommission, Gilbert Pregno, auf der Liste zu finden. Wer sich ihnen anschließen will, kann den offenen Brief unter greenpeace.lu unterschreiben.

Das Greenwashing am Finanzplatz zu stoppen, ist eine Forderung der Klimademonstration am heutigen Freitag. Mehr dazu lesen Sie in unserem Interview mit Youth for Climate auf Seite 4.

SHORT NEWS

„Rue cyclable“, die falsche Sicherheit?

(rg) - Mit der ersten Frühlingssonne sind dem hauptstädtischen Schöff*innenrat auch die Belange der Radfahrer*innen erneut bewusst geworden. Heuer hat Blau-Schwarz allerdings etwas mehr als nur den Farbtopf hervorgekratzt, etwa um hier und da gestrichelte Linien einzuzichnen. Sozusagen über Nacht wurden am Dienstag sieben neue, kilometerlange „rue cyclables“ eingerichtet und an sechs Kreuzungen das Rechtsabbiegen (respektive die Geradeausfahrt) für Fahrräder auch bei Rotlicht ermöglicht. Das Konzept der Fahrradstraße ist nicht eindeutig: In Deutschland sind dort PKWs tabu, in Holland sind sie nur dann vorgesehen, wenn es gilt, eine direkte Anbindung an einen existierenden Radweg zu schaffen. In Luxemburg-Stadt sollen sie den vollwertigen Radweg sozusagen gleich ganz ersetzen: etwa den entlang der rue des Trévires, wo die Radstraße, von der rue Edouard Grenier kommend, Bonneweg ganz durchquert. Neben einer Begrenzung auf 30 km/h gilt hier ein Überholverbot für PKWs. Sie, aber auch die Linienbusse, müssen so den Anstieg bis zur rue du Laboratoire hinter den Radfahrer*innen verbleibend absolvieren. Sollten die Autos sich in Zukunft an diese Regeln halten, wäre das für Bonneweg zwar eine erfreuliche Verkehrsberuhigung – denn viele werden diese Strecke fortan meiden. Dieses Ziel wäre aber auch durch eine generelle 30-Kilometer-Zone für das ganze Viertel zu erreichen gewesen. Jetzt müssen die mutigen unter den Radfahrenden erstmal ihr neues Recht austesten und – mittig auf der Fahrbahn verharrend – Hupkonzerte und Wutausbrüche der motorisierten Artgenoss*innen über sich ergehen lassen.

Aha Lëtzebuerg ruft zur Spende für Raif Badawi auf

(is) - Die luxemburgische „Allianz vun Humanisten, Atheisten & Agnostiker“ (Aha Lëtzebuerg) mag nicht an Götter glauben, dafür aber an die Unterstützung von Aktivist*innen: Aha Lëtzebuerg gab am Dienstag in einer Pressemitteilung bekannt, dass sie sich der Spendenkampagne für den saudi-arabischen Aktivist Raif Badawi anschließt, und bittet die luxemburgische Bevölkerung, es ihr gleichzutun. Die Allianz kommt damit einem Aufruf der deutschen Giordano-Bruno-Stiftung und anderer internationaler Organisationen nach. Raif Badawi, ein liberaler Blogger, der für Meinungs- und Religionsfreiheit einsteht, wurde 2014 in der saudi-arabischen Hafenstadt Dschidda wegen Beleidigung des Islams zu zehn Jahren Haft sowie 1.000 Peitschenhieben und einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 235.000 Euro verurteilt. Zwar kam Badawi am 11. März 2022 frei, doch darf er bis zur Begleichung der Geldbuße nicht zu seiner Familie nach Kanada ausreisen. Spenden sind über die Onlineplattformen betterplace.me, gofundme.com und per Überweisung auf ein Treuhandkonto in Deutschland möglich. Die Bankverbindung ist auf der Website der Giordano-Bruno-Stiftung vermerkt.

Kinder: Mitbestimmung steigert Wohlbefinden

(tj) - Das Wohlbefinden der in Luxemburg lebenden Acht- bis Zwölfjährigen ist seit 2019 stabil geblieben. Das ist das Ergebnis des ersten nationalen Kinderberichts, welcher seit Dienstag vorliegt und in Zusammenarbeit von Universität Luxemburg, Liser und der Eberhard Karls Universität Tübingen entstanden ist. Der Bericht besteht aus zwei komplementären Studien: einer Felduntersuchung im Bereich der non-formalen Bildung einerseits, und einer Befragung von Acht-, Zehn- und Zwölfjährigen andererseits. Letztere Studie erfolgte in zwei Etappen: Die erste Befragung wurde vor, die zweite während der Pandemie durchgeführt. Das Vorurteil, dass in Kindertagesstätten das Wohlbefinden von Kindern grundsätzlich beeinträchtigt sei, ließ sich in den Beobachtungssequenzen nicht bestätigen. Die Strukturen, so schreiben die Forscher*innen, gäben Kindern die Möglichkeit „Selbstwirksamkeitserfahrungen“ zu machen und ein „Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten“ zu entwickeln. Kinder seien dabei keine passiven Rezipient*innen pädagogischer Aktivitäten, sondern würden diese – zum Beispiel durch kreative Neuinterpretationen oder „Sabotage“ – vielmehr aktiv mitgestalten. Diese „Akteurschaft“ trägt den Autor*innen zufolge wesentlich zum Wohlbefinden bei. Luft nach oben besteht dennoch: Sowohl in der non-formalen Bildung als auch in der familiären Sphäre wünschen sich Kinder laut Bericht ein verstärktes Mitbestimmungsrecht.